

Dringliche Anfrage (§ 68 GeoLT)

eingbracht am 22.04.2026, 10:00:20

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Regierungsmitglied(er): Landesrat Mag. Stefan Hermann, MBL

Betreff:

Fehlende finanzielle Mittel für Gemeinden bei der Nachmittags- und Ferienbetreuung – Auswirkungen auf Familien und Gemeinden in der Steiermark

Ein finanz- und bildungspolitischer Paukenschlag erschüttert aktuell die steirischen Gemeinden. Aufgrund von Förderkürzungen stehen diese vor erheblichen finanziellen Herausforderungen im Bereich der Nachmittags- und Ferienbetreuung von Kindern. Konkret ist es im laufenden Schuljahr zu einer überraschenden Finanzierungslücke gekommen: So fehlen in Graz kurzfristig rund zwei Millionen Euro für entsprechende Betreuungsangebote ([kleinezeitung.at](https://www.kleinezeitung.at), [Graz empört: Böse Überraschung: Plötzlich fehlen zwei Millionen Euro für Nachmittagsbetreuung](#), 22.04.2026). Auch die Stadt Leoben geht von Kürzungen in der Höhe von 70.000 Euro aus ([krone.at](https://www.krone.at), [Für Graz „dramatisch“ - Nachmittagsbetreuung: Plötzlich fehlen Millionen | krone.at](#), 22.04.2026).

Zweifellos sind diese Mittel jedoch essenziell, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen sowie eine qualitativ hochwertige Betreuung von Kindern auch am Nachmittag und in den Ferien zu gewährleisten. Besonders problematisch erscheint, dass diese Finanzierungslücke offenbar kurzfristig und für die Gemeinden nicht vorhersehbar entstanden ist. Gleichzeitig wird seitens des zuständigen Landesrats auf den Bund verwiesen, wodurch sich die Frage nach der tatsächlichen Verantwortungsverteilung zwischen Bund und Land stellt.

Für Gemeinden entstehen durch diese Situation jedenfalls massive Finanzierungslöcher und Planungsunsicherheit. Eine verlässliche und transparente Finanzierung ist jedoch unabdingbar, um bestehende Angebote aufrechterhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln zu können.

Ganz aktuell präsentierte Bildungsminister Christoph Wiederkehr seinen „Plan Z“ zum Bildungssystem der Zukunft. In der ZIB 2 vom 21.04.2026 sprach er sich klar dafür aus, den Ausbau der ganztägigen Schulformen voranzutreiben. Gleichzeitig geht während solcher visionärer Ankündigungen das Geld für den laufenden Betrieb aus. Diese Lücke zwischen Plan und Realität bedeutet, dass Gemeinden kurzfristig mit drastischen Kürzungen umgehen müssen, um bestehende Angebote finanzieren zu können.

Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Aufklärung der Ursachen sowie der Verantwortlichkeiten dringend erforderlich.

Es wird daher folgende

Dringliche Anfrage

gestellt:

1. Was sind die konkreten Gründe für die aktuell fehlenden finanziellen Mittel für die steirischen Gemeinden im Bereich der Nachmittags- und Ferienbetreuung?
2. Seit wann ist Ihnen bekannt, dass es zu einer Reduktion bzw. zu fehlenden Mitteln für die Gemeinden kommen wird?
3. Welche Maßnahmen wurden seit diesem Zeitpunkt von Ihrer Seite gesetzt, um Gemeinden rechtzeitig über diese Entwicklung zu informieren?
4. Inwieweit ist aus Ihrer Sicht die Bundesregierung für die fehlenden Mittel verantwortlich?
5. Welche konkreten Finanzierungsanteile entfallen derzeit auf Bund, Land und Gemeinden im Bereich der Nachmittags- und Ferienbetreuung?
6. Welche Gespräche wurden mit dem Bildungsminister geführt, um eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen?
7. Welche kurzfristigen Maßnahmen planen Sie, um die entstandene Finanzierungslücke für das laufende Schuljahr zu schließen?
8. Welche Maßnahmen planen Sie, um Gemeinden künftig Planungssicherheit im Bereich der Nachmittags- und Ferienbetreuung zu gewährleisten?
9. Welche Unterstützung erhalten besonders betroffene Gemeinden konkret durch das Land Steiermark?

Unterschrift(en):

LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne)